



**Rede des Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion
im Rhein-Erft-Kreis, Hardy Fuß,**



**zur Verabschiedung
des Kreishaushaltes 2006
am 4. Mai 2006
im Kreistag des Rhein-Erft-Kreises**



Herr Landrat,
meine Damen und Herren,

I. Haushalts- und Finanzwirtschaft

Kreisumlage

Nachdem Sie im vergangenen Jahr mit Ihrem Haushaltsentwurf zum ersten Mal in der Geschichte des Erftkreises und des Rhein-Erft-Kreises alle Unterschriften der zehn Bürgermeister des Rhein-Erft-Kreises unter einem geharnischten Verriss der Haushalts- und Finanzwirtschaft des Kreises herbeigeführt haben, war Ihnen schnell bewusst, dass Sie in diesem Jahr etwas Neues erfinden mussten, um einer wiederholten einmütigen Ablehnung durch die kreisangehörigen Kommunen zu entgehen.

Diese Erfindung heißt: „Die Kreisumlage wird reduziert, und zwar um einen Faktor, der den Zahlbetrag für die Kommunen auf den für das Jahr 2005 einfriert.“



Bernd Bohlen
SPD-Kreistagsabgeordneter aus Erftstadt
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Erftstadt

Richtig ist, dass die Absenkung des Umlagesatzes bewirkt, dass die Einnahmen des Kreises aus der Kreisumlage im Vergleich zum Vorjahr nicht ansteigen.

Was Sie geflissentlich verschweigen, ist die Tatsache, dass die kreisangehörigen Kommunen unter dem Strich dennoch mehr zahlen müssen. Denn es gibt nicht nur die Sockelkreisumlage, sondern auch die Umlage, die sich aus Hartz IV ergibt und eine Schattenumlage neben der Sockelkreisumlage ist. Diese Umlage soll steigen, und zwar um 1,77 Prozentpunkte.



Hans-Joachim Bubacz
SPD-Kreistagsabgeordneter aus Kerpen
Leiter des Arbeitskreises V (Verkehr und Liegenschaften)

Beide Umlagesätze – die Sockelkreisumlage und die Hartz IV-Umlage – müssen zusammengerechnet werden, denn sie werden auch nach denselben Kriterien wie die Kreisumlage errechnet. Beide Umlagesätze bewirken für die kreisangehörigen Kommunen Mehrzahlungen von 7,7 Mio. Euro an den Kreis – allein für die Stadt Wesseling macht das eine halbe Million Euro aus, den die Stadt mehr an Kreis zahlen muss als im vergangenen Jahr.

Nun kann sich Wesseling hinsichtlich seiner Einnahmesituation nicht beschweren. Aber was die Kommunen mit besonderen Struktur-

und Finanzproblemen angeht, ist der Geldstaubsauger Kreis eine unerträgliche Belastung. Nimmt man die Jugendamtsumlage zur Sockelkreisumlage und zur Hartz IV-Kreisumlage hinzu, müssen Bedburg und Elsdorf über 70 Prozent ihrer realen Steuereinnahmen aus Grund-, Gewerbesteuer, Einkommenssteuer-Anteil und Schlüsselzuweisungen an den Kreis abtreten, ohne diese Zahlung in irgend einer Weise beeinflussen zu können.



Klaus Ebert
SPD-Kreistagsabgeordneter aus Wesseling

70 % ! Ein Anteil, der die kommunale Selbstverwaltung verhöhnt.

Lang vorbei die Zeiten, als Sozialdemokraten in der Kreisführung am Jahresende Kreisumlage zurückzahlten, weil sie nicht verbraucht worden war!

Strukturelles Haushaltsdefizit

Herr Landrat, Sie haben bei Ihrer Rede zur Einbringung des Kreishaushaltes davon gesprochen, dass der Kreishaushalt ein strukturelles Defizit von über vier Millionen ausweist. Der Rhein-Erft-Kreis sei nicht in der Lage, führten Sie aus, durch laufende Einnahmen die notwendigen Ausgaben zu

decken. Was aber ist „notwendig“? Genau diese Frage lassen Sie offen.

Statt endlich mit nachhaltigen Konsolidierungsmaßnahmen zu beginnen, die sich ja, würde man sie ergreifen, erst nach einigen Jahren vollständig auf den Kreishaushalt aufwirken könnten, leben Sie von Hypotheken auf die Zukunft, die Ihre Nachfolger abbezahlen müssen:

- die für die ordentliche Tilgung erforderliche Pflichtzuführung an den Vermögenshaushalt setzen Sie aus
- mit einer sogenannten Rückzuführung vom Vermögens- an den Verwaltungshaushalt finanzieren Sie Konsum durch Vermögensverzehr

Ihr Finanzplan weist bis zum Jahr 2009 Defizite im Verwaltungshaushalt von insgesamt 13,6 Millionen Euro aus. Sie selbst sagen zu diesem Finanzplan, dass der Ausgleich des Verwaltungshaushaltes ohne Anhebung der Kreisumlage ab 2007 nicht erreicht werden kann.



Hans Günter Eilenberger
SPD-Kreistagsabgeordneter aus Frechen
stv. Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion
Leiter des Arbeitskreises II (Umwelt und Energie,
Kreientwicklungsplanung und Wirtschaft)

Mit der diesjährigen Umlagesenkung verschaffen Sie sich also lediglich für ein Jahr Luft; von einer in der Kreisordnung vorgesehenen Rücksichtnahme auf die Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Kommunen kann schon lange keine Rede mehr sein, schon gar nicht, wenn wir an Bedburg und Elsdorf denken.

Haushalts-Konsolidierung

Was tut der Kreis, was tun Landrat und Kreistagsmehrheit, um zu einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung zu kommen?

Zur Zeit ist nichts erkennbar.

Mit Dschingderassa kündigte die CDU-Fraktion die Gründung einer „Küpper-Kommission“ an, die ohne Tabus den Kreishaushalt durchflöhen sollte.

Nur um ein knappes Jahr später kleinlaut zu erklären, der vom Landrat vorgelegte Haushaltsentwurf sei vollumfänglich das Ergebnis der Kommissions-Arbeit!

Wohlgemerkt: Dieser Haushaltsentwurf mit einem strukturellen Defizit von über 4 Mio. Euro!



Dr. Kai Faßbender

SPD-Kreistagsabgeordneter aus Bergheim

stv. Vorsitzender im Ausschuss für Umwelt und Energie

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bergheim

Da ist es nicht verwunderlich, dass der Namensgeber der Kommission sich in den letzten Monaten regelmäßig in die Büsche schlug, wenn es um die Kommissions-Ergebnisse ging...

Ja, so ist das.



David Held

SPD-Kreistagsabgeordneter aus Kerpen

Mitunter spürt man förmlich, dass die CDU springen will. Aber dann vergisst sie, vorher den Sicherheitsgurt zu lösen.

Dann sieht der Sprungversuch komisch aus, und man will rufen: FREE WILLY!

Aber Willy kann sich nicht befreien.

Der Sicherheitsgurt heißt übrigens FDP. Und ist im Modell Rhein-Erft-Kreis eine sehr teure Extra-Ausstattung.

Nötig war der Koalitionspartner ja nicht – die CDU hatte schließlich zu Beginn allein die Mehrheit.

Aber die war ihr dann von Anfang an doch unheimlich.

Denn wenn Herr Küpper unten am Gaspedal spielt,

Frau Klöpper die Gänge nicht findet,

während der Landrat gerade ein neues Leuchtturmprojekt ansteuert –

da ist der Fahrlehrer Zylajew doch lieber angeschnallt, nicht wahr?

Und verordnet noch ein paar Fahrstunden – die Bürger bezahlen es ja.



Dieter Hunke
SPD-Kreistagsabgeordneter aus Bergheim
stv. Vorsitzender des Liegenschaftsausschusses

Die Möglichkeit, einen Fehlbedarf offen auszuweisen und sich den Regeln eines Haushaltssicherungskonzeptes zu unterwerfen, kommt für Sie nicht in Betracht, weil Sie dann all Ihre schönen Spielwiesen nicht mehr wie gewohnt pflegen können.

Während die Kommunen schon längst auf staubigen Aschenplätzen spielen, legt der Kreis immer mehr englischen Rasen an, auf dem sich prächtig stolzieren lässt.

Warum wohl?

Ein echtes Konsolidierungsprogramm, auf drei bis fünf Jahre angelegt, wie wir es schon lange fordern, wäre ein Riesen-Stück harter und unbequemer Arbeit, die Sie aber scheuen, denn es setzt voraus, dass man bereit ist, die Kernaufgaben des Kreises zu definieren, Felder zu benennen, aus denen man sich aus finanzwirtschaftlichen Gründen zurück zieht. Die großen Felder einer Haushaltskonsolidierung, die Personalausgaben und die Sachausgaben, sind beredte Beispiele dafür,

wie Sie mit Hilfe Ihrer Mehrheit mittels Tricks und Phantasieansätzen einen Haushaltsausgleich zimmern:

Personalausgaben

Sie haben in Ihrer Einbringungsrede, Herr Landrat, mit besonderem Stolz darauf verwiesen, dass seit Ihrem Amtsantritt 1999 die Personalkosten lediglich um 1,8 Prozent gestiegen seien.

Der Beifall Ihrer Kreistagsmehrheit war Ihnen sicher.

Doch war er auch verdient?

Die kreisangehörigen Kommunen können sich längst nicht mit moderaten Steigerungen bei den Personalkosten brüsten. Sie mussten in den letzten Jahren drastische Personalkosteneinsparungen vornehmen, Service für ihre Bürger einschränken, Zuschüsse kürzen, um Ihnen den englischen Rasen, sprich: die Kreisumlage, bezahlen zu können, z. B.:

- Elsdorf von 2005 auf 2006 minus 4,4 Prozent
- Wesseling von 2004 auf 2005 minus 9,3 Prozent



Josef Kings
SPD-Kreistagsabgeordneter aus Kerpen
Schatzmeister der SPD-Kreistagsfraktion
Leiter des Arbeitskreises VI (Personal)
Vorsitzender des Kreispolizeibeirates

Vergleichbare Reduzierungen, so fordern die Kommunen zu Recht, müssen auch endlich dem Kreis abverlangt werden, zumal auch Aufgaben beim Kreis weggefallen sind, (zum Beispiel die Hilfe zur Arbeit, die nun von der ARGE wahrgenommen wird, und der Bereich Allgemeine Sozialverwaltung, wo im Hinblick auf Hartz IV Sozialhilfefälle weggefallen sind.)

Schon letztes Jahr stellte die Koalition gegen den Widerstand des Landrates eine Luftbuchung von 750.000 Euro in das Personalbudget ein, die bei der Haushaltsbereinigung im Dezember nach kurzer theatralischer Entrüstung der Koalitionäre wieder nachgeschossen werden musste.

Diesmal sind es 500.000 Euro, die sie im zweiten Halbjahr an Personalkosten einsparen wollen, ohne eine einzige Stelle im Stellenplan nennen zu können, die zu diesem Einsparziel beitragen könnte. 20 Stellen wären dafür nötig.



Helga Kühn-Mengel MdB
SPD-Kreistagsabgeordnete aus Brühl

Sachausgaben

Bei den Sachausgaben sind – ebenfalls ein Ergebnis fehlender Konsolidierungspolitik – bei den meisten Ausgabearten gegenüber dem

Vorjahr Steigerungen zu verzeichnen, selbst wenn die notwendige Steigerung bei den PPP-Modellen berücksichtigt wird. Während alle Kommunen z. B. ihre Aufwendungen für die Unterhaltung von Immobilien reduzieren müssen, ist Ihr Ansatz um 70 Prozent gestiegen – englischer Rasen eben.



Helmut Latak
SPD-Kreistagsabgeordneter aus Wesseling
Leiter des Arbeitskreises IV (Soziales)
stv. Vorsitzender des Schulausschusses

Deshalb fordern wir mit den Kommunen,

- endlich wirksame Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushaltes einzuleiten,
- die Aufstellung eines Haushaltskonsolidierungsprogramms mit der Qualität eines Haushaltssicherungskonzeptes,
- Beschränkung auf die Kernaufgaben
- und ein Personalentwicklungskonzept, das diesen Namen verdient.

Das ist harte Kärrner-Arbeit, Herr Landrat, das ist nicht kleinspießig, sondern das sind die Aufgaben, die die Zeit uns stellt!

Und die ein wenig mehr Stallpflicht für den Landrat bedeuten, denn Sie können nur mit Führung **im** Haus bewältigt werden.

II. Wirtschaftspolitik

Sie haben in Ihrer Einbringungsrede, Herr Landrat, Ihre Wirtschaftspolitik verteidigt – das war auch nötig.

Denn die Wirtschaftspolitik des Rhein-Erft-Kreises liegt komplett neben der Schiene.

Die Tatsachen ändern sich durch Rechtfertigungsversuche nicht.

Seit Ihrem Amtsantritt hinkt der Kreis im Wirtschaftswachstum hinterher.

In Ihrer Amtszeit haben sich die Kennzahlen für wirtschaftlichen Erfolg erheblich verschlechtert, und zwar nicht in der gesamten Region, hinter der Sie sich noch verstecken könnten, sondern gegen den Trend einzig und allein in unserem Kreis. Denn die Wirtschaft in unseren Nachbarkreisen und Städten brummt - völlig im Gegensatz zur Wirtschaft im Rhein-Erft-Kreis.

Regelmäßig wird uns vorgehalten, wir redeten die Wirtschaft im Rhein-Erft-Kreis schlecht.

Nein – wir reden nicht die Wirtschaft im Rhein-Erft-Kreis schlecht!

Wir reden von der schlechten Wirtschaftspolitik des Rhein-Erft-Kreises!



Lotte Peltzer
SPD-Kreistagsabgeordnete aus Pulheim

Das ist der Punkt, worum es geht!
Die harten Fakten geben uns Recht.



Ernst Reinkemeier
SPD-Kreistagsabgeordneter aus Brühl
stv. Vorsitzender des Personalausschusses

Fakten, die von der Mehrheit ignoriert werden. Sobald diese Fakten jemand aufschreibt, und seien es noch so renommierte Institute, wie zum Beispiel die Prognos AG, sprechen Sie von „speziellen und nicht belastbaren Erhebungen“. Damit sind alle Expertisen gemeint, die Ihnen nicht gefallen. Und die häufen sich!

Jüngstes Beispiel ist eben der „Zukunftsatlas 2006“, von Prognos für das Handelsblatt erstellt und in einer der umfangreichsten Serien dieses Blattes veröffentlicht. Er zeigt auf einen Blick, welche deutschen Landkreise bei der wirtschaftlichen Zukunft die Nase vorn haben. Für alle 439 Städte und Landkreise hat Prognos abgebildet, wie stark die 14 zentralen Zukunftsbranchen von Deutschland vor Ort vertreten sind. Für den Rhein-Erft-Kreis fiel die Bilanz geradezu verheerend aus.

Wir stehen auf einer Stufe mit Landkreisen wie Rendsburg-Eckernförde und nur kurz vor Schlusslichtern wie den Kreisen Daun, Bitburg-Prüm, Wunsiedel oder Ostvorpommern.

Früher hieß es noch: Erftkreis – Nr. 1 in Europa.

Heute heißt es: Rhein-Erft-Kreis – kurz vor Ostvorpommern.



Marita Rusch
SPD-Kreistagsabgeordnete aus Erftstadt

Rund um uns herum in der Region Köln sieht es dagegen sehr gut aus. Die Gretchen-Fragen lauten deshalb:

- Warum nicht bei uns im Rhein-Erft-Kreis?
- Warum ausgerechnet bei uns nicht?
- Warum sind ausgerechnet wir eine Insel der Chancenlosigkeit, wenn es um Zukunftstechnologien geht?

Die Antworten liegen auf der Hand:

- Der Kreis läuft seit Jahren den falschen Themen hinterher und versäumt so seine Zukunftssicherung. „Sechziger-Jahre-Lieschen-Müller-wir-machen-was-Themen“.
- Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises hat den falschen Hut auf und die falschen Schuhe an.
Wer sich darum kümmern muss, von welchem Basishotel aus man am besten Radtouren startet, hat keine Zeit dafür, sich um Zukunftstechnologien zu

kümmern! Keine Zeit für die Frage, warum der Rhein-Erft-Kreis seit Jahren dramatische Einbrüche in der Elektrotechnikbranche erleidet.

- Wenn für die Geschäftsführerin unserer Wirtschaftsförderungsgesellschaft schon die Eröffnung der Fahrradsaison „ein spannender Tag ist“, dann lässt sich erahnen, dass Barthel den Most aus einem leeren Fass holen will !

Herr Landrat, Sie sagten in Ihrer Einbringungsrede: „Ich bin ein aktiver Vertreter der Regionalpolitik“. Das kaufen wir Ihnen ab.

Aber sind Sie auch ein erfolgreicher Vertreter, wenn rund um uns herum die Kreise und selbst die Stadt Köln ihre Zukunftsaufgaben machen und der Rhein-Erft-Kreis in den Expertisen zum Thema wirtschaftliche Zukunft keine Rolle spielt?

Zu Recht sagen Sie, dass „kein Platz für provinzielles Gehabe“ ist.

Aber warum sind wir dann tiefste Provinz bei den Zukunftstechnologien?

Sie preisen zu Recht die Region und Regionale.



Christa Schütz
SPD-Kreistagsabgeordnete aus Kerpen
2. stv. Landrätin
stv. Vorsitzende des Wahlprüfungsausschusses

Aber wo zieht der Rhein-Erft-Kreis Vorteile aus der regionalen Zusammenarbeit, die sich in unserer Wahrnehmung zunehmend in Eventstrukturen verliert?



Martin Steingraber
SPD-Kreistagsabgeordneter aus Bergheim
Leiter des Arbeitskreises III (Schule und Kultur)

Wo es an die harten Teile der Wirtschaftspolitik geht, engagieren Sie sich gerne in Feldern, die sich als Selbstläufer dem Einfluss des Kreises weitgehend entziehen.

Ich nehme einmal die Stichworte aus dem Wirtschaftsteil Ihrer Haushaltsrede einzeln heraus und frage:

- Hatten Sie tatsächlich Einfluss auf das 10-Milliarden-Investitionsprogramm für Kraftwerke in unserer Region?
- Hatten Sie tatsächlich Einfluss auf die Investitionsentscheidung für ein Gas- und Dampfkraftwerk in Knapsack?
- Werden Sie tatsächlich darüber informiert, geschweige denn gefragt, wenn im Veräußerungskarussell von Chemie-Unternehmen ein nagelneuer Standort in Knapsack geschlossen wird und irgendwo anders auf der Welt eröffnet wird?
- Wollen Sie sich tatsächlich den Ausbau des Cargo-Bereiches auf die Fahne

schreiben, der mit oder ohne Zutun des Rhein-Erft-Kreises in den nächsten Jahren um 60 Prozent zunehmen wird?

- Glauben Sie tatsächlich, dass der Flughafen Köln/Bonn bei Fracht- und Passagierzahlen boomt, weil Sie das fördern oder fördern wollen?
- Glauben Sie tatsächlich, dass die von Ihnen geforderte Direktflugverbindung von Köln nach Lyon oder der Ganzzug auf der Schiene von Köln nach Lyon zustande kommen, weil Sie das fordern? Oder kommt so etwas nicht vielmehr dann zustande, wenn es wirtschaftlich für den Anbieter und den Besteller ist?
- Glauben Sie tatsächlich, dass der Aufwand für Tokioter und Pariser Messen, den Sie betreiben, konkret etwas für den Rhein-Erft-Kreis bewirkt?

Wir vermuten, niemand hier im Sitzungssaal des Kreistages glaubt das wirklich. Niemand.



Rolf Uebach
SPD-Kreistagsabgeordneter aus Pulheim
Vorsitzender des Ausschusses für Kultur, Sport, Freizeit und Partnerschaften
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Pulheim

Wo es hingegen vor Ort in der koordinierenden Funktion des Kreises für die Kommunen konkret etwas zu tun gibt, was unsere

Chancen verbessert, wie zum Beispiel die Handy-Funkabdeckung im Rhein-Erft-Kreis, die schlechter ist als die in Lettland, erklären Sie sich für unzuständig, Punkt. So einfach geht das.

Und da Sie uns gelegentlich vorwerfen, reflexartig auf das Thema Tourismus zu reagieren, will ich zum Thema „Reflexe“ anfügen: Hätten die Handymasten Windmühlenflügel, wäre Ihr Interesse sicher größer.



Guido van den Berg
SPD-Kreistagsabgeordneter aus Bedburg
stv. Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion
Vorsitzender des Ausschusses für Kreisentwicklungsplanung

Was wir brauchen, kriegen wir nicht:

- Eine offene, schonungslose Analyse: Wo steht der Rhein-Erft-Kreis heute? Was muss er tun, um im Jahr 2026 wirtschaftlich erfolgreich zu sein?

Mit offener Bereitschaft zum Ringen um die beste Lösung, mit Unterstützung durch externe Experten und Wirtschaftspraktiker, mit der von Ihnen postulierten Bündelung der Kräfte auf die harten Felder der Wirtschaftspolitik - das ist das, was wir brauchen und dann werden wir auch im

Rhein-Erft-Kreis wieder erfolgreiche Wirtschaftskennzahlen haben, meine Damen und Herren.

Wir bleiben derzeit weit unter unseren Möglichkeiten!

Denn das Potential, meine Damen und Herren, das Potential haben wir dafür.

III. Gemeinsamkeiten

Nichts ist schwarz oder weiß.

Wir wären unredlich, würden wir nicht auch eine Reihe von Gemeinsamkeiten hervorheben, die es bei aller Unterschiedlichkeit über die Grundzüge der Mehrheitspolitik im Kreis gibt.

Dazu zählen:

- Die Senkung der Pensionslasten für die Zukunft durch eine mit Aktienvermögen hinterlegte Ansparung von Pensionen für Beamte des Kreises, die älter als 30 Jahre sind. Zu gern hätten wir allerdings von Anfang an die Kommunen bei dieser Lösung mitgenommen, die sich ähnliches längst nicht leisten können, weil sie ja, siehe oben, den Kreis übermäßig finanzieren müssen. Dabei gehört das Aktienvermögen doch eigentlich auch den Kommunen oder genauer gesagt den Bürgerinnen und Bürgern in den Kommunen, die dieses schöne Paket in den vergangenen Jahrzehnten mit ihren Stromgroschen bezahlt haben.
- die mittelfristige Vertragssicherheit für soziale Verbände, die übrigens von

Sozialdemokraten in den neunziger Jahren erstmals bei der Drogenberatungsstelle (DROBS) eingeführt wurde – zu einer Zeit, als die CDU die DROBS noch auflösen wollte.

- Die hoffentlich bald wieder stattfindende lückenlose ärztliche Reihenuntersuchung von Kindern, von der wir heute wegen Unterbesetzung und Desorganisation im Kreishaus noch weit entfernt sind.
- ja selbst die klammheimliche Erhöhung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen des Kreises, die unserer Bauwirtschaft hilft und die der Landrat nach einer gewissen Schamfrist nach dem SPD-Antrag nun endlich eingeführt hat, soll hier genannt werden.

IV. Was uns trennt

Diese Liste ist leider länger:

- Fehlende Konsolidierung auf dem Rücken der Kommunen. Ihr Taschenspieler-Trick mit dem sogenannten schuldenfreien Rhein-Erft-Kreis.

Bei einem aktuellen Aktienvermögen von 55 Millionen Euro und Schulden von 15 Millionen Euro sind wir nicht nur de facto längst schuldenfrei, sondern haben schon heute bei Schuldenfreiheit immer noch ein Vermögen von 40 Millionen Euro.

Da wirkt es gerade zu lächerlich, dass Sie frei nach den Regeln der griechischen Dramenlehre mit Ihrem Abgang im Jahr

2009 einen schuldenfreien Rhein-Erft-Kreis präsentieren wollen, in der trügerischen Hoffnung, dass die meisten Menschen die genauen Zusammenhänge nicht verstehen.

Nicht Sie werden den Rhein-Erft-Kreis schuldenfrei machen, sondern wir Sozialdemokraten haben Ihnen 1999 mit einem Aktienvermögen von 37 Millionen Euro und einem Schuldenstand von 34 Millionen Euro einen schuldenfreien Erftkreis übergeben.

Was Sie nach Ihrer eigenen Finanzplanung allerdings übergeben werden, ist ein vermögensloser Rhein-Erft-Kreis. Schöne Mogelpackung !

Das sind die Tatsachen, meine Damen und Herren, alles andere ist Folklore. Nichts als Folklore.



Anton Richard Wagner
SPD-Kreistagsabgeordneter aus Elsdorf
stv. Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses

Bei dem derzeitigen Reichtum des Kreises sollten Sie schnell mit dem Gerede von Nutzungsgebühren für Vereine, die kreiseigene Schulen und Sporthallen benutzen, aufhören. Es wäre absurd, ehrenamtlich tätigen Menschen Geld für

etwas abzunehmen, was sie schon einmal bezahlt haben.

- Gymnicher Mühle

Ein besonderes Projekt, das seines Gleichen sucht. Leider werden die einfachsten Regeln nicht eingehalten, die überall für eine öffentliche Projektförderung gelten: Jeder, der auch nur eine müde Mark von der öffentlichen Hand erhalten will, muss einen umfangreichen Kosten- und Einnahmeplan vorlegen, muss die erwarteten Betriebskosten und deren Deckung beziffern und sich der Prozedur von Bewilligungen und Verwendungsnachweisen stellen.

Mit einer einzigen Ausnahme:

Der Vorsitzende des Mühlenverbandes braucht das nicht zu tun, weil er Landrat des Rhein-Erft-Kreises und damit Chef der Bewilligungsbehörde ist.

Seine Kreistagsmehrheit beschert ihm scheinbar Hunderttausende aus Steuergeldern, ohne wissen zu wollen, wohin die Reise geht.

Aber trösten Sie sich: die Vorstands- und Beiratsmitglieder des Mühlenverbandes wissen es auch nicht, und die ersten personellen Konsequenzen zeichnen sich dort bereits ab.

Und so wird ein Leuchtturmprojekt zur Zelle des einsamen Leuchtturmwärters, der die Freude über das helle Licht mit niemandem teilen mag.

- Ihr Public Private Partnership (PPP)-Modell für die kreiseigenen Schulen.

Den größten Auftrag in der Geschichte des Kreises mit 135 Mio. Euro Volumen wollen

Sie an einen Generalunternehmer vergeben – mit allen negativen Folgen für unser heimisches Handwerk.

Meine Damen und Herren,
die Frauen und Männer der SPD-Kreistagsfraktion stehen alle mitten im Leben – keine Fundamental-Oppositionellen, alles Menschen, die Freude am Gestalten haben und keine kleinspießigen Meckerer.



Dr. Jürgen Rolle
SPD-Kreistagsabgeordneter aus Pulheim,
Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Gesundheit
Senioren und Familie

Wir sind bereit und in der Lage, Zukunft mitzugestalten.

Wir sind allerdings nicht bereit, falsche Wege zu gehen.

Deshalb lehnen wir diesen Haushaltsentwurf ab.

Glückauf!